

Beschreibung

Die Poliologin Cathrin Schütz bietet mit ihrem Buch "Die NATO-Intervention in Jugoslawien. Hintergründe, Nebenwirkungen und Folgen" ein sehr umfangreiches Quellenmaterial auf, die Hintergründe für die Bombardierung Restjugoslawiens im Jahr 1999 bieten. Sie belegt mit Hilfe offizieller deutscher Regierungsdokumente, dass es im Kosovo weder einen Völkermord noch eine gezielte Vertreibung von Menschen seitens der Belgrader Führung gegeben hat, sondern andere, westliche Interessen, zu diesem Krieg geführt haben.

Schütz zeigt auf, dass dieser Krieg nicht einfach nur die Schlussakte des von Bürgerkriegen für die Unabhängigkeit und Selbstbestimmung der einzelnen Völker des ehemaligen und fast völlig zerstörten Jugoslawiens war, sondern dass dieser Krieg Teil eines geostrategischen Plans des Westens war.

US-Regierungsvertreter äußerten sich ähnlich: Es sei darum gegangen, die »Region« unter »Kontrolle« zu bringen - durch Revision der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges, »als Eisenhower es unterließ, dort Bodentruppen zu stationieren«. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Willy Wimmer, der dieses Zitat übermittelte, war als deutscher Vertreter in der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) besonders sensibilisiert und informiert. Er schrieb das Vorwort für dieses Buch, worin er beklagt: »Eine Autobahnstrecke, die neu gebaut werden soll, ruft mehr Diskussionen in der Öffentlichkeit hervor als ein Krieg.«

Mit dem heutigen Tage können wir sagen, dass mit dieser völkerrechtswidrigen Militärintervention von 1999 ein Exempel für weitere imperialistische Eroberungskriege statuiert wurde. Bücher wie dieses sind wichtig, mit Propagandalügen aufzuräumen und wahre Interessen klar zu stellen. Die Stärke dieser Arbeit liegt nicht in unmittelbarer Anschauung, sondern in gründlicher Sammlung und Auswertung gedruckter Informationen. Mehr als die meisten bisher vorliegenden Bücher über die NATO-Militärintervention geht dieses auf die Frage ein, was mit der Absicht gemeint war, »Demokratie und Marktwirtschaft« zu etablieren, und was daraus geworden ist: Fremdbestimmung. Die Wirtschaft des Landes, vor allem in Serbien, ist weitgehend zerstört, die Beschäftigten sind entrechtet, das Volk ist beraubt, ausländischen Mächten - wirtschaftlichen und politischen - wehrlos ausgeliefert. Bezeichnend dafür ist, daß die beiden großen Zeitungen in Belgrad jetzt deutschen Medienkonzernen gehören.

Mittlerweile sind mehr als fünf Jahre seit Beginn des Bombenkrieges vergangen. Es ist zu wünschen, daß Bücher wie dieses die notwendige Diskussion anstoßen.

Klappentext

Unter dem Deckmantel der „humanitären Intervention“ bombardierte die sich selbst zur „internationalen Staatengemeinschaft“ ernannte NATO von März bis Juni 1999 die Bundesrepublik Jugoslawien. Dieser militärische Höhepunkt der Zerschlagung Jugoslawiens stellt ohne Zweifel den Türöffnerkrieg für die **Mili-**

tarisierung der Westlichen Außenpolitik und die Erosion des Völkerrechts dar.

Die Studie beleuchtet den Konflikt im Kosovo und stellt ihn dem **Zerrspiegel der westlichen Medienberichterstattung** gegenüber. Anhand vieler Indizien gelangt die Autorin zum Schluss, dass es sich nicht um eine „humanitäre Intervention“, sondern einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg handelte, dem machtpolitische, ökonomische und geo-strategische Interessen zu Grunde lagen.

Die Autorin zeigt an Hand der **externen Einflussnahme** auf den Regierungswechsel in Jugoslawien im Herbst 2000, warum es sich auch schon in diesem Fall um ein Beispiel von „Regime-Change“ handelte. Sie stellt dar, wie das **Kriegsverbrechertribunal in Den Haag** als politisches Instrument der NATO-Staaten fungiert und der Prozess gegen den ehemaligen jugoslawischen Präsidenten Slobodan Milosevic in Den Haag als Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln bezeichnet werden kann. Die Autorin liefert in einer **gut dokumentierten Analyse** ein fundiertes Gegenbild zur herrschenden Meinung.

Cathrin Schütz ist Diplom-Politologin. Sie studierte an der J.W. Goethe Universität in Frankfurt am Main. 2001 arbeitete sie am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) an einem Projekt zum Thema NATO-Krieg und Kosovo-Konflikt. Derzeit lebt sie in Frankfurt am Main und Belgrad und ist als freie Journalistin tätig.

Vorwort

Den argumentativen Testlauf für den Krieg gegen Jugoslawien gab es einige Jahre zuvor. Als die Taliban, zu jener Zeit von hohen amerikanischen Repräsentanten noch als „our boys“ bezeichnet, Kabul und den Norden Afghanistans überrannten, tönte eine Reihe von Argumenten aus der Presse. 95 % des afghanischen Territoriums seien unter der Kontrolle der Taliban und Deutschland sowie die EU sollten die Taliban gefälligst anerkennen. Es gab noch weitere Standardformulierungen und es musste zwangsläufig aufmerken lassen, als diese Argumente 1997 und 1998 wortgleich bei der Übernahme weiterer Teile des Kosovo durch die UCK auftauchten. Und diese Aufmerksamkeit ist auch heute angebracht. Vor allem dann, wenn man in einem so interessanten und zugleich geschundenen Gebiet wie Tschetschenien sich die Rolle des Separatistenführers Maschadow und des in einer anderen Funktion befindlichen Schamil Bassajev vor Augen führt. Für deren Rollen könnten Ibrahim Rugova und Hashim Thaci geradezu Modell gestanden haben.

Vermutlich liegen die Gründe für Konflikte, auch auf dem Balkan, lange zurück, wenn 15 Jahre eine lange Zeit sein sollen. Eine Zeit, in der sich die Bundesrepublik noch voll auf die Bedrohung aus dem Warschauer Pakt konzentrierte, Unterstaatssekretär Paul Nitze aber schon seine Studien über „low density

conflicts" der Zukunft in Washington nur teilweise den Verbündeten zur Kenntnis gegeben hat.

Als nach der verhängnisvollen Konferenz von Rambouillet, die das Tor zum Krieg gegen Jugoslawien darstellen sollte, der US-Spitzenpolitiker Bob Dole nach einer kurzzeitigen Reaktivierung die albanischen Kräfte vor Ort aufsuchte, hätte man neugierig werden müssen. Oder auch nicht, denn kundige Beobachter wiesen darauf hin, dass Bob Dole schon lange vor Slobodan Milosevics Amselfeld-Rede sich in den USA für die albanische Sache stark gemacht hatte.

Racak und Rambouillet führten zum Krieg und das in einem Europa, das Jahre zuvor den schwierigsten Konflikt der Weltgeschichte überhaupt durch vertrauensbildende Maßnahmen und Verhandlungen unter Beteiligung der USA und der Sowjetunion beenden konnte. Damals hatte man auf Stärke und Verhandlungen gesetzt. Seit dem Kosovo wird auf Krieg gesetzt, zwangsläufig und bei Jugoslawien noch kraftvoll unter Ausklammerung der Vereinten Nationen.

Als die OSZE-Beobachter schon den Kosovo verlassen hatten, praktisch am Vorabend der NATO-Angriffe, war der Kosovo zu einer trügerischen Ruhe gekommen. In weniger als zehn der Siedlungspunkte des Kosovo, bei einer Gesamtzahl von rund 1'900, gab es leichte Scharmützel zwischen jugoslawischen Sicherheitskräften und der UCK. Die schrecklichen Bilder der Flüchtlingsströme gab es diesmal danach, nach dem Einschlag der Bomben.

Davor lagen Jahre des Elends auf dem Balkan, aber auch Erklärungen darüber, dass Hekatomben von Toten in Bosnien nicht „im nationalen Interesse“ lagen. Oder die Unfähigkeit der Europäischen Gemeinschaft, vier Milliarden Dollar für Jugoslawien Anfang der 90er Jahre zur Verfügung zu stellen - in Belgrad war man bereit, dafür jeden Preis zu zahlen.

Bevor der Krieg gegen Jugoslawien losbrechen konnte, musste nicht nur eine neue NATO-Strategie her, wie sie dann im April 1999 auf dem Gipfel in Washington verabschiedet werden konnte. Der europäische Eckpfeiler Deutschland musste in seiner Grundausrichtung verändert werden, denn es war augenfällig, wie wenig geneigt der damalige deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl war - ohne Moskau und Peking an Bord - bei der Lösung der schwierigen Balkan-Frage nur auf Krieg zu setzen. Anders als London, das in Jugoslawien und später auch in Mazedonien und anderswo den örtlichen Potentaten seinen Sicherheitsapparat in Nordirland als Maßstab für gerechtfertigte Unterdrückungsaufgaben zu verkaufen suchte.

Unter Helmut Kohl wollte Deutschland die Anwendung militärischer Gewalt an ein UN-Mandat geknüpft wissen.

Ende Mai 1998, eine mögliche große Koalition in Deutschland und seine persönlichen Ambitionen vor Augen, verzichtete der deutsche Verteidigungsminister auf der NATO-Ratssitzung in Brüssel nach dem Bekunden von Teilnehmern auf diese eherne Regel deutscher Außenpolitik. Am Tag danach gab es das Europa des Helmut Kohl mit dem einheitlichen europäischen Willen nicht mehr. Aber eine der zahlreichen Türen zum Krieg war offen. Europa war in der Folge gelähmt, auch und vor allem die öffentliche Meinung. Schweigen war angesagt

und der Glaube an eine eindeutig gerechte Sache. Und das in Deutschland und das in Europa! Eine Autobahnstrecke, die neu gebaut werden soll, ruft mehr Diskussionen in der Öffentlichkeit hervor als ein Krieg. Das kann es nicht sein und darin liegt die Notwendigkeit der vorliegenden Arbeit.

Dezember 2002 Willy Wimmer
Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU)